

Antrag 60/I/2022
AfB Berlin

Verbeamtung? Ja, aber für Alle!

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie des Senats auf, sich dafür einzusetzen, dem Parteitags-, Wahlprogramms-, Koalitionsvertragsbeschluss zum Berliner Optionsmodell vollständig umzusetzen. Dieses beinhaltet neben der möglichst schnellen Rückkehr zur Verbeamtung einen zwingenden zeitlichen Ausgleich für die verbleibenden Tarifangestellten. Nur mit diesem Ausgleich wird der Kompromiss, des Landesparteitages umgesetzt.

10
 11 Bei der Entscheidung über die Ausgestaltung des zeitlichen Ausgleichs auf der Grundlage verschiedener Szenarien sind die parteilichen Fachgremien einzubeziehen.

14
 15 Eine vollständige Rückkehr zur Verbeamtung hat auch sicherzustellen, dass die rechtlichen Regelungen dahingehend anzupassen sind, dass Funktionsstelleninhaber*innen eine Verbeamtung in ihrer entsprechenden Besoldungsstufe ermöglicht wird.

20
 21 Um möglichst viele Lehrkräfte verbeamten zu können, ist zudem die Regelung zur gesundheitlichen Eignung dahingehend zu ändern, dass Lehrkräfte, die eine bestimmte Zeit ohne überdurchschnittliche Krankheitszeiten als gesundheitlich geeignet im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften gelten.

27
 28 Eine Verbeamtung allein reicht jedoch nicht, um den Lehrkräftemangel, der derzeit eklatant ist, zu lösen. Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats zudem auf weitere Möglichkeiten zu erarbeiten, wie der Beruf der Lehrkraft in Berlin attraktiver gestaltet werden kann. Diese Möglichkeiten müssen über die bisherigen Maßnahmen wie z.B. Werbekampagnen hinausgehen.

36
 37

38 **Begründung**

39 Der Landesparteitag hat die Verbeamtung mit äußerst knapper Mehrheit beschlossen (128/II/2019). Diese Entscheidung war zwingend durch den Kompromiss getragen, dass die verbleibenden Tarifangestellten einen zeitlichen Ausgleich erhalten (Spiegelstrich 2 des genannten Antrags). Entsprechend hat diese Formulierung Eingang in das Wahlprogramm der Berliner SPD gefunden (S. 59). Die SPD bekennt sich daher erneut zu einem zwingenden zeitlichen Ausgleich für die verbleibenden Tarifangestellten Lehrkräfte und sieht darin auch eine Frage ihrer Glaubhaftigkeit bei der Umsetzung von Wahlversprechen.

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie des Senats auf, sich dafür einzusetzen, dem Parteitags-, Wahlprogramms-, Koalitionsvertragsbeschluss zum Berliner Optionsmodell vollständig umzusetzen. Dieses beinhaltet neben der möglichst schnellen Rückkehr zur Verbeamtung einen zwingenden zeitlichen Ausgleich für die verbleibenden Tarifangestellten. Nur mit diesem Ausgleich wird der Kompromiss, des Landesparteitages umgesetzt.

Dennoch erkennen wir den enormen Mangel an Lehrkräften zum aktuellen Zeitpunkt an. Aus diesem Grund kann der aktuell debattierte Vorschlag einer finanziellen Ausgleichszahlung eine vorübergehende Lösung darstellen. Sobald sich die Situation des Mangels jedoch verbessert, ist erneut ein zeitlicher Ausgleich zu prüfen.

Bei der Entscheidung über die Ausgestaltung des zeitlichen Ausgleichs auf der Grundlage verschiedener Szenarien sind die parteilichen Fachgremien einzubeziehen.

Eine vollständige Rückkehr zur Verbeamtung hat auch sicherzustellen, dass die rechtlichen Regelungen dahingehend anzupassen sind, dass Funktionsstelleninhaber*innen eine Verbeamtung in ihrer entsprechenden Besoldungsstufe ermöglicht wird.

Um möglichst viele Lehrkräfte verbeamten zu können, ist zudem die Regelung zur gesundheitlichen Eignung dahingehend zu ändern, dass Lehrkräfte, die eine bestimmte Zeit ohne überdurchschnittliche Krankheitszeiten als gesundheitlich geeignet im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften gelten.

Eine Verbeamtung allein reicht jedoch nicht, um den Lehrkräftemangel, der derzeit eklatant ist, zu lösen. Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats zudem auf weitere Möglichkeiten zu erarbeiten, wie der Beruf der Lehrkraft in Berlin attraktiver gestaltet werden kann. Diese Möglichkeiten müssen über die bisherigen Maßnahmen wie z.B. Werbekampagnen hinausgehen.

50 Die verschiedenen Möglichkeiten der Umsetzung die-
51 ses Ausgleichs werden derzeit durch den Senat geprüft.
52 Die Regelungen der verschiedenen Arbeitszeiten für Be-
53 amt*innen und Angestellte im TVÖD zeigt uns, dass ver-
54 schiedene Arbeitszeiten grundsätzlich möglich sind. Dar-
55 aus folgt für Senat und Abgeordnetenhaus eine Pflicht zur
56 ernsthaften Auseinandersetzung mit den Fragen des Aus-
57 gleichs. Ein leichtfertiges Verstecken hinter rechtlichen
58 und haushälterischen Erwägungen wird von der Partei
59 nicht hingenommen.

60

61 Wie im Koalitionsvertrag verabredet, darf auch die Pro-
62 blematik nicht übergangen werden, dass für viele ange-
63 stellte Funktionsstelleninhaber*innen eine Verbeamtung
64 noch mit nachteiligen Folgen verbunden ist. Die rechtli-
65 chen Regelungen sollen deshalb dahingehend angepasst
66 werden, dass eine Verbeamtung in eine Besoldungsstu-
67 fe ermöglicht wird, die ihrer aktuellen tariflichen Einord-
68 nung entspricht.

69

70 Gleichzeitig fordern wir die sozialdemokratischen Mit-
71 glieder im Senat und Abgeordnetenhaus auch zu einer
72 Überprüfung der Regelungen bei der administrativen Um-
73 setzung der Verbeamtung auf. Insbesondere sehen wir
74 ein großes Potenzial die Regelungen für die gesundheitli-
75 che Eignungsprüfung anzupassen. Diese könnten dahin-
76 gehend geändert werden, dass Lehrkräfte die eine be-
77 stimmte Zeit ohne überdurchschnittliche Krankheitszei-
78 ten als gesundheitlich geeignet im Sinne der beamten-
79 rechtlichen Vorschriften gelten. Die amtsärztliche Unter-
80 suchung würde sich bei einer derartigen Ausgestaltung
81 auf das Personal fokussieren, wo eine Einzelfallprüfung er-
82 forderlich ist. Alternativ könnten die Hausärzte nach säch-
83 sischem Vorbild in die Prüfung der gesundheitlichen Eig-
84 nung einbezogen werden. Unser gemeinsames Ziel muss
85 es sein, die optionale Wiederverbeamtung zügig und mit
86 geringstmöglichen Aufwand für die Berliner Lehrkräfte
87 umzusetzen und so auszugestalten, dass möglichst viele
88 Lehrkräfte die Verbeamtung zugute kommt. Zudem muss
89 es unser Ziel sein, die Stadt Berlin als inklusiven Arbeitge-
90 ber zu präsentieren, statt zu einer Spaltung in den Leh-
91 rer*innenzimmern dieser Stadt beizutragen. Denn wenn
92 wir die Berliner Schule als inklusiven Arbeitsort präsentie-
93 ren können, erreichen wir eine Vielzahl an Bewerber*in-
94 nen, die wir brauchen, um dem Lehrkräftemangel zu pass
95 zu kommen.